



Liebe Leserinnen und Leser,

der Deutsche Bundestag muss kleiner werden. Daher hat sich die letzte Bundesregierung darauf geeinigt, die Wahlkreise ab 2024 von 299 auf 280 zu reduzieren. Von dieser aktuell geltenden Rechtslage ausgehend, ist die Beibehaltung von fünf Wahlkreisen in Oberfranken rechnerisch möglich und politisch notwendig – darauf hat die CSU Oberfranken in ihren Stellungnahmen hingewiesen. Gerade in Flächenbezirken wie Oberfranken dürfen die Wahlkreise nicht zu groß werden, wenn eine effiziente Arbeit der Abgeordneten vor Ort möglich bleiben soll.

In der vergangenen Woche hat die Ampel nun einen Vorschlag für eine Wahlrechtsreform vorgelegt, der schon ab der nächsten Bundestagswahl 2025 gelten soll. Dieser Vorschlag sieht zwar die Beibehaltung der bestehenden 299 Wahlkreise vor, jedoch kann er nicht gewährleisten, dass jeder direkt gewählte Abgeordnete auch wirklich in den Deutschen Bundestag einzieht. Denn auch, wenn sich die Mehrheit der Wähler auf einen Kandidaten verständigt, soll sein Mandat am Ende vom Gesamtabschneiden seiner Partei abhängig gemacht werden. Einzelne Wahlkreise könnten dadurch im Ergebnis nicht mehr im Deutschen Bundestag vertreten sein.

Dieser Vorschlag ist inakzeptabel, weil er die Entscheidung, wer in den Bundestag einziehen soll, stärker von den Listen der Parteien abhängig macht als von der Bürgerstimme vor Ort.

Auch wenn die Ampel-Fraktionen in dieser Woche bislang keinerlei Bereitschaft gezeigt haben, mit der CDU/CSU-Bundestagsfraktion über einen Gegenvorschlag ernsthaft zu beraten, werden wir nicht nachlassen und weiter nach Lösungen suchen.

Herzliche Grüße

Hans-Peter Friedrich

Diese Woche

CO₂-Speicherung endlich in Deutschland zulassen
Medikamentenknappheit beseitigen

2
2

Treten Sie mit mir in Kontakt:





CO₂-Speicherung endlich in Deutschland zulassen!

Die aktuelle Energiekrise macht es für Deutschland noch schwerer, seine ambitionierten Klimaziele zu erreichen. Die wegfallenden Gasimporte aus Russland und der energiepolitische Kurs der Bundesregierung, der wichtige Potentiale wie zum Beispiel die Kernenergie links liegen lässt, führen zumindest in den kommenden Jahren zur verstärkten Nutzung von Kohle und Öl. Zunehmende anstatt abnehmende CO₂-Emissionen im Energiesektor sind derzeit die Folge.

Zudem wird es 2045 noch unvermeidbare sogenannte „Restemissionen“ (zum Beispiel aus der Zementindustrie) geben. Um das Ziel der Klimaneutralität 2045 zu erreichen, braucht es CO₂-Speicherungstechnologien wie CCS (Carbon Capture & Storage), bei der CO₂ abgeschieden sowie sicher und dauerhaft in unterirdischen Gesteinsschichten gespeichert wird.

Aktuell ist CCS jedoch in Deutschland verboten, da Grüne und SPD diese Technologie über Jahre blockiert haben, während sie in anderen Ländern erfolgreich angewendet wird. Die Ankündigung von Bundeswirtschaftsminister Habeck, CCS in Deutschland jetzt doch zuzulassen, darf kein leeres Versprechen sein, sondern muss jetzt zügig umgesetzt werden, um die aktuellen zusätzlichen CO₂-Emissionen und die unvermeidbaren Restemissionen sicher zu lagern und insbesondere die Industrie zu dekarbonisieren. Darüber hinaus braucht es eine grenzüberschreitende CO₂-Transportinfrastruktur sowie staatliche Fördermittel.

CCS ist kein Laborversuch mehr. CO₂-Abscheidung und -speicherung ist eine erprobte Technologie, die im Ausland bereits seit langem sehr erfolgreich praktiziert wird: So verfügt Norwegen beispielsweise über mehr als 25 Jahre Erfahrung in der sicheren und kontrollierten Speicherung von CO₂. Diesem Beispiel sollte die Bundesregierung folgen und ihrer Ankündigung jetzt Taten folgen lassen!

Medikamentenknappheit beseitigen!

Die Versorgungslage mit Medikamenten hat sich in den letzten Wochen massiv verschlechtert. Fiebersäfte, Antibiotika, Insulin oder Krebsmedikamente sind flächendeckend kaum noch erhältlich oder nur mit hohem Aufwand zu bekommen. Dies stellt auch bei uns in Hochfranken insbesondere Familien mit kleinen Kindern, aber auch schwer erkrankte Patienten vor große Herausforderungen.

- Was wir jetzt dringend brauchen, ist die **Etablierung eines nationalen Frühwarnsystems**, um auf künftige Lieferengpässe bei versorgungsrelevanten Arzneimitteln rechtzeitig reagieren zu können.
- Als Teil dieses Frühwarnsystems ist schnellstmöglich eine **Datenbank** aufzubauen, in der Arzneimittel, bei denen Lieferengpässe bestehen oder drohen, transparent aufgeführt sind.
- Wichtig ist zudem, **Arzneimittel, die zwar vorhanden**, aber nicht deutschlandweit gleichermaßen verfügbar sind, schneller in die Regionen zu bringen, in denen Mangel herrscht.
- Außerdem müssen die Voraussetzungen dafür geschaffen werden, dass wichtige Arzneimittel **wieder primär in Europa produziert werden** und parallel Reserven – auch bei Apotheken und



Großhändlern – aufgebaut werden. Denn Ursache für die Lieferengpässe sind insbesondere die Arzneimittelherstellung bzw. die Herstellung der Vorprodukte in asiatischen Ländern.

Doch statt endlich die Initiative zu ergreifen, hat die Ampel den Apothekern sowie der pharmazeutischen Industrie mit dem GKV-Stabilisierungsgesetz weitere Belastungen auferlegt, die die Situation künftig noch verschärfen werden. Aktuelle Äußerungen des Bundesgesundheitsministers erschöpfen sich lediglich in Ankündigungen. Lang- und mittelfristig wirkende Regelungen sind zwar unbestreitbar nötig, doch gehandelt werden muss jetzt.



Impressum

Herausgeber: Dr. Hans-Peter Friedrich MdB, CSU im Bundestag

Platz der Republik 1, 11011 Berlin, Telefon: 030 / 227 77491, E-Mail: hans-peter.friedrich@bundestag.de,

Fax: 030 / 227 76040

Bildnachweis soweit nicht gesondert gekennzeichnet: privat